

Angelika Timm

Der politische und propagandistische Umgang mit der
„Reichskristallnacht“ in der DDR

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.951>

Reprint von:

Angelika Timm, Der politische und propagandistische Umgang mit der
„Reichskristallnacht“ in der DDR, in: Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang
mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten,
herausgegeben von Jürgen Danyel, Akademie Berlin, 1995 (Zeithistorische
Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung
Potsdam. Band 4), ISBN 3-05-002642-1, S. 213-223

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung
Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor
für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur
vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g.
Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis:

Angelika Timm (1995), Der politische und propagandistische Umgang mit der „Reichskristallnacht“ in der DDR, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.951>

Ursprünglich erschienen als: Angelika Timm, Der politische und propagandistische Umgang mit der „Reichskristallnacht“ in der DDR, in: Die geteilte Vergangenheit. zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, herausgegeben von Jürgen Danyel, Akademie Berlin, 1995 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 4), ISBN 3-05-002642-1, S. 213-223

Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Forschungsschwerpunkt
Zeithistorische Studien Potsdam

Band 4

Die geteilte Vergangenheit

Zum Umgang mit Nationalsozialismus
und Widerstand in beiden deutschen Staaten

Herausgegeben von
Jürgen Danyel



Akademie Verlag

Der Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien Potsdam ist eine Einrichtung der Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH München, die von der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft e.V. zur Betreuung von sieben geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkten gegründet wurde.

Gedruckt mit Unterstützung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg.

ZZF (147) 35
Förderungsgesellschaft
Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH
Forschungsschwerpunkt
Zeithistorische Studien
Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Die **geteilte Vergangenheit** : Zum Umgang mit
Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen
Staaten / hrsg. von Jürgen Danyel. – Berlin : Akad. Verl., 1995
(Zeithistorische Studien ; Bd. 4)

ISBN 3-05-002642-1

NE: Danyel, Jürgen [Hrsg.]; GT

© Akademie Verlag GmbH, Berlin 1995

Der Akademie Verlag ist ein Unternehmen der VCH-Verlagsgruppe.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Das eingesetzte Papier entspricht der amerikanischen Norm ANSI Z.39.48 – 1984
bzw. der europäischen Norm ISO TC 46.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikroverfilmung oder irgendein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden.

Satz: Dörlemann-Satz, Lemförde

Druck: GAM Media GmbH, Berlin

Bindung: Verlagsbuchbinderei Dieter Mikolai, Berlin

Printed in the Federal Republic of Germany

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	9
Vorwort	11
I. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten und Österreich	
OLAF GROEHLER Verfolgten- und Opfergruppen im Spannungsfeld der politischen Auseinandersetzungen in der SBZ und DDR	17
JÜRGEN DANYEL Die Opfer- und Verfolgtenperspektive als Gründungskonsens? Zum Umgang mit der Widerstandstradition und der Schuldfrage in der DDR	31
WOLFGANG BENZ Zum Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der Bundesrepublik	47
MICHAEL LEMKE Instrumentalisierter Antifaschismus und SED-Kampagnepolitik im deutschen Sonderkonflikt 1960-1968	61
HERBERT OLBRICH „... was wissen Se, was mir damals alles mitg'macht ham!“ Österreich und seine nationalsozialistische Vergangenheit	87

II. Vergleichsperspektiven und Forschungsprobleme in der Diskussion

BERND FAULENBACH

Die doppelte „Vergangenheitsbewältigung“. Nationalsozialismus
und Stalinismus als Herausforderungen zeithistorischer Forschung
und politischer Kultur 107

NORBERT FREI

NS-Vergangenheit unter Ulbricht und Adenauer.
Gesichtspunkte einer vergleichenden Bewältigungsforschung 125

MOSHE ZIMMERMANN

Die Erinnerung an Nationalsozialismus und Widerstand
im Spannungsfeld deutscher Zweistaatlichkeit 133

FRITZ KLEIN

Ein schlimmes gemeinsames Erbe kritisch und selbstkritisch
auf beiden Seiten aufarbeiten 139

WOLFGANG KÜTTLER

Auf den Inhalt kommt es an. Zum Verhältnis von Zeitgeschichtsforschung
und Geschichtsdiskurs im neuvereinigten Deutschland 143

III. Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit

im historischen Kontext der Geschichte beider deutscher Staaten

GUDRUN SCHWARZ

Zur Gedenkstätte Ravensbrück 153

BODO RITSCHER

Die NKWD/MWD-„Speziallager“ in Deutschland.
Anmerkungen zu einem Forschungsgegenstand 163

GÜNTER MORSCH

Von Denkmälern und Denkmalen.
Von Gedenkstätten und Zeithistorischen Museen 181

JÜRGEN ZARUSKY

Die KZ-Gedenkstätte Dachau:
Anmerkungen zur Geschichte eines umstrittenen historischen Ortes 187

FRANK DINGEL

Das Prinz-Albrecht-Gelände: Ein Ort deutscher Geschichte 197

Inhalt	7
ANNETTE LEO	
„Stimme und Faust der Nation.“ – Thälmann-Kult kontra Antifaschismus	205
ANGELIKA TIMM	
Der politische und propagandistische Umgang mit der „Reichskristallnacht“ in der DDR	213
Internationale Erfahrungen	
SYBIL MILTON	
Die Darstellung des Holocaust in den USA im Vergleich zu den beiden deutschen Staaten	227
VOJTĚCH BLODIG	
Die Gedenkstätte Theresienstadt gestern und heute	235
IV. Bibliographie	
Neuere Literatur zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten. Auswahlbibliographie 1989–1994 (zusammengestellt von Inge Schmöker und Jürgen Danyel)	247
Autorenverzeichnis	265

ANGELIKA TIMM

Der politische und propagandistische Umgang mit der „Reichskristallnacht“ in der DDR¹

Der 9. November gehört zweifellos zu den beziehungsreichen und symbolträchtigen Daten der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts: 1918 – Ausrufung der Weimarer Republik, 1923 – Hitlerputsch in München, 1938 – „Reichskristallnacht“, 1989 – Öffnung der Grenze der DDR zur Bundesrepublik. Nicht wenige Reden, Analysen, Essays und Kommentare führender deutscher Politiker und Publizisten sind in den letzten Jahren und Jahrzehnten anlässlich dieser Daten und ihrer Jahrestage ediert worden. Es wäre daher ein wissenschaftlich reiz- und anspruchsvolles Vorhaben, nicht nur den offensichtlichen oder verdeckten inneren Bezügen zwischen den benannten Geschehnissen nachzuspüren, sondern auch den Umgang der jeweiligen politischen Klasse oder machtausübenden Elite mit der Geschichte des 9. November aufzuzeigen. Ideologische Postulate und politischer Pragmatismus bestimmten letztlich in hohem Maße, ob und wie die verschiedenen Bedeutungsinhalte des Tages miteinander in Beziehung gesetzt, gegeneinander gestellt, verdrängt oder gegenseitig aufgehoben wurden.

Der allgemeine Ansatz sei am konkreten Beispiel exemplifiziert. Wenn in den DDR-Medien unter der stereotypen Überschrift „Die Lehren des 9. November“ dieses Tages gedacht wurde, so galten die Kommentare bis in die achtziger Jahre zumeist der Erinnerung an die Novemberrevolution von 1918, die wiederum in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit für kaum erwähnenswert gehalten wurde. Im vereinigten Deutschland stieg nach 1989 die Öffnung der innerdeutschen Grenze zum zentralen Bedeutungsstrang des 9. November auf; allein mit diesem Bezug bekundeten z. B. die Postminister in Bonn und in der frischgewendeten DDR 1990 die Absicht, anlässlich des Mauerfalls eine Sonderbriefmarke zu edieren. Es waren vor allem jüdische Gruppen, die davor warnten, über der Euphorie der Vereinigung den 9. November 1938 zu vergessen.

Das Begehen von Jahrestagen spielte in der politischen Kultur der DDR eine wichtige Rolle. Es war nicht nur Anlaß, ideologische Positionen zu untermauern, sondern

¹ Bei dem Konferenzbeitrag handelt es sich um die gekürzte Fassung des Artikels „Der 9. November 1938 in der politischen Kultur der DDR“, in: R. Steiniger (Hg.), *Der Umgang mit dem Holocaust. Europa – USA – Israel, Wien/Köln/Weimar 1994.*

diente häufig auch der Durchsetzung konkreter innen- und außenpolitischer Zielsetzungen. So benutzte die DDR-Führung 1988 die fünfzigjährige Wiederkehr der Pogromnacht von 1938, um ihr außenpolitisches Prestige zu erhöhen und ihre antifaschistische Grundhaltung zu unterstreichen. Entdeckte sie aber tatsächlich erst zu diesem Zeitpunkt „die Juden“, wie in Publikationen zur Aufarbeitung von DDR-Geschichte nicht selten betont wird? Ignorierte sie zuvor generell die Tage des Gedenkens an „Kristallnacht“ und Wannseekonferenz? Welche politischen Akzente setzte sie anlässlich dieser Jahrestage? Gab es während der vier Jahrzehnte der DDR-Existenz Veränderungen in der Haltung zur nationalsozialistischen Judenverfolgung und wodurch waren diese geprägt? Am Beispiel des politischen und propagandistischen Umgangs mit der „Reichskristallnacht“ sollen im folgenden einige Modifizierungen und Wandlungen der offiziellen DDR-Politik in dieser sensiblen Frage verdeutlicht werden.

Antifaschistischer Ansatz und jüdische Frage

Unmittelbar nach Kriegsende stand in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) – wie in den drei übrigen Zonen Deutschlands – die Sicherung der primären Existenzbedingungen für die Bevölkerung im Vordergrund. Hunderttausende Menschen suchten Obdach und Arbeit und kämpften um das Überleben, unter ihnen Zehntausende ehemaliger jüdischer Häftlinge der Konzentrations- und Vernichtungslager sowie Tausende jüdischer Emigranten, die nach Deutschland zurückgekehrt waren. Diese Menschen standen buchstäblich vor dem Nichts, sie trafen zudem bei ihren Bemühungen, ihr von den Nationalsozialisten „arisiertes“ Eigentum zurückzuerlangen, häufig erneut auf antisemitisch geprägte Haltungen.

In der öffentlichen Diskussion über die NS-Zeit spielten die Judenverfolgungen eine Rolle, verband die „Weltöffentlichkeit“ doch „die Worte Nazi-Terror und Nazi-Verbrechen“ – wie es Heinz Brandt, der Leiter der Kulturabteilung im Hauptausschuß OdF, im Oktober 1945 formulierte – untrennbar mit der „Bestialität“ und den „Millionen Morde(n) von Lublin und Auschwitz“, mit der Vergasung von Millionen Juden.² Der Massenmord an den Juden trat allerdings in der SBZ/DDR zunehmend in den Hintergrund angesichts einer Heroisierung des antifaschistischen Widerstandskampfes. Nicht selten wurde dies damit begründet, daß die Juden nicht gekämpft hätten; sondern „nur“ aufgrund ihrer Herkunft, nicht aber durch ihre bewußte Entscheidung Opfer geworden seien. So hieß es in einem Rundschreiben des Magistrats der Stadt Berlin, Abteilung für Sozialwesen, unter Bezug auf den Beschluß des Hauptausschusses „Opfer des Faschismus“ (OdF) vom 25. Juni 1945: „Nur wer unter Hingabe selbst des Lebens aktiv am Kampfe gegen das Hitlerregime teilgenommen hat, nur wer auch im Zuchthaus, im Gefängnis und im Konzentrationslager seiner antifaschistischen Gesinnung treu geblieben ist, kann von uns als ‚Opfer des Faschismus‘ anerkannt werden. (...) Damit ist entschieden, dass Juden, Mischlinge, Bibelforscher, die meisten

² VVN-Archiv, Protokoll der Landeskonzferenz der Ausschüsse der „Opfer des Faschismus“ am 27./28. Oktober 1945 in Leipzig, S. 79f.

Fälle der Wehrkraftersetzung, Meckerer usw. nicht in den eng gezogenen Rahmen der ‚Opfer des Faschismus‘ einbezogen werden können.“³ Diese einengende Festlegung, mit der die Spezifik und das Ausmaß der rassistisch und religiös „begründeten“ Verfolgungen ignoriert wurden, war in den folgenden Monaten heftig umstritten; sie wurde – offensichtlich nicht zuletzt unter dem Druck der Veröffentlichungen über die an den Juden verübten Verbrechen – im Oktober 1945 auf der ersten Landeskonzferenz der Ausschüsse „Opfer des Faschismus“ in Leipzig revidiert. Im Schlußwort zur Diskussion über „Unsere Stellung zu den Opfern der Nürnberger Gesetzgebung“ erklärte Heinz Brandt: „Die Juden, die wirklichen Opfer der Nürnberger Gesetzgebung, sind selbstverständlich Opfer des Faschismus. Die Opfer des Faschismus müssen behördlich und gesellschaftlich betreut werden.“⁴

Einen konkreten Anlaß, vor allem der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken, bot das Datum der „Reichskristallnacht“. Am 12. November 1945 fand die erste „Weihestunde für die Opfer der ‚Kristallnacht‘“, getragen vom Hauptausschuß ODF und vom Berliner Rundfunk, statt. Der Stadtrat für Sozialwesen, Ottomar Geschke, betonte, daß 160000 Berliner Juden in Konzentrationslager geworfen wurden; nur 6000 seien zurückgekehrt, unter ihnen 87 Kinder.

In den folgenden Jahren – etwa bis 1949 – wurden Veranstaltungen zur „Kristallnacht“ – außer von den Jüdischen Gemeinden – vor allem vom Hauptausschuß Opfer des Faschismus und von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes organisiert. Häufig nahmen jüdische Kommunisten – wie Julius Meyer, Leon Löwenkopf und Leo Zuckermann – diese Veranstaltungen zum Anlaß, um sich mit altem und neuem Antisemitismus auseinanderzusetzen und Fragen der Wiedergutmachung anzusprechen. Meyer, Leiter der Abteilung Opfer der Nürnberger Gesetzgebung im ODF-Hauptausschuß, betonte in seiner Rede am 9. November 1946 beispielsweise, zur Wiedergutmachung für die jüdischen Bürger sollten „besonders die Kriegsverbrecher und Naziaktivisten herangezogen werden“.⁵ Die gleiche Forderung vertrat er ein Jahr später erneut – am 14. November 1947 schrieb „Der Weg“ über eine entsprechende Rede Meyers: „Aus seiner Schilderung der Ereignisse in jener Nacht erhob sich von selbst die Forderung, daß diese Brandstifter, Plünderer und Zerstörer in erster Linie den Schaden zu ersetzen haben. Er verlangte darum eine einheitliche Regelung dieser so brennenden Frage für ganz Deutschland.“⁶

Auch 1948 wurde die für alle vier Besatzungszonen relevante Problematik der Wiedergutmachung in der anläßlich des 10. Jahrestages der „Kristallnacht“ von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) im Deutschen Theater in Berlin organisierten Feierstunde erneut angesprochen. Heinz Galinski, Vorsitzender der Gesamt-Berliner Jüdischen Gemeinde, zog das Fazit, es sei „entmutigend für die Juden in Deutschland, daß in den vergangenen drei Jahren weder in Wort noch in Tat

³ Landesarchiv Berlin, Rep. 118, Nr. 615.

⁴ VVN-Archiv, Protokoll der Landeskonzferenz der Ausschüsse der „Opfer des Faschismus“ am 27./28. Oktober 1945 in Leipzig, S. 202.

⁵ Kristallnacht in Berlin, in: Neues Deutschland vom 10. 11. 1946.

⁶ Die Kundgebung zum 9. November, in: Der Weg, Nr. 46 vom 14. 11. 1947.

auch nur Zeichen des Bedauerns zu spüren waren“. Man weigere sich im Gegenteil, „den damals gestohlenen Besitz wieder herauszugeben“.⁷

Für die ersten Jahre nach Kriegsende kann davon ausgegangen werden, daß Geist und Politik der in der SBZ bestimmenden politischen Kräfte mehrheitlich von einer antifaschistischen Grundhaltung geprägt wurden – d. h. von der Ablehnung des Nationalsozialismus und vom Willen, die Voraussetzungen zu schaffen, um eine Wiederholung dieser Entwicklung unmöglich zu machen. Diese Einstellung verband sich mit dem Bemühen, die Ursachen für die Machtergreifung der NSDAP aufzudecken. Die Schuld für Krieg, Völkermord und die Verfolgung politischer Gegner wurde in erster Linie dem deutschen Monopolkapital zugesprochen, nur ansatzweise wurde das deutsche Volk in die Verantwortung für das Geschehen im Dritten Reich einbezogen. Symptomatisch erscheint dafür eine Äußerung des Historikers Walter Bartel, der dem Vorstand der Berliner VVN angehörte. Er hatte den historischen Kontext zwischen mißglückter deutscher Revolution, Aufkommen des Faschismus und Novemberpogrom 1938 im Blick, als er in seiner Rede im Deutschen Theater 1948 darauf verwies, daß der 9. November 1938 nur im Zusammenhang mit dem 9. November 1918 zu erklären sei: „Die Ursache für die Ereignisse der Kristallnacht läge darin, daß es 1918 nicht gelungen sei, die Macht der Generalität sowie die der Thyssen und Krupp zu brechen.“⁸

In die Novembertage des Jahres 1948 fällt ebenfalls ein Grundsatzartikel, den das Zentralorgan der SED „Neues Deutschland“ mit „Hintergründe der Kristallnacht“ überschrieb. Es handelte sich um einen „Auszug aus der in Vorbereitung befindlichen Neuausgabe des Buches von Paul Merker ‚Das Dritte Reich und sein Ende‘“ – ein Buch, das in der DDR allerdings nicht mehr erscheinen sollte. Merker, 1946 aus dem mexikanischen Exil zurückgekehrt und Mitglied des Zentralsekretariats der SED, galt als einer der konsequentesten Gegner des Antisemitismus und zugleich als Interessenvertreter ehemaliger jüdischer Verfolgter; so war er auch häufig Adressat vieler Briefe, die Hinweise auf antisemitische Erscheinungen enthielten.⁹

Den Nachweis, daß in den ersten Nachkriegsjahren der Antisemitismus als Bestandteil nationalsozialistischer Ideologie und Politik in der wissenschaftlichen und propagandistischen Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit nicht verschwiegen wurde, führen zwei weitere Veröffentlichungen von 1948: Der Dietz-Verlag edierte „Marxismus und Rassenfrage“ von Stefan Heymann und „Antisemitismus und Rassenhetze“ von Siegbert Kahn. Beide Publikationen verdienen insofern Beachtung, als sie zu einer Zeit erschienen, da in allen Teilen Deutschlands antisemitische Erscheinungen wieder zunahmen.

In beiden Schriften wird die Überwindung und Ausrottung des Antisemitismus als vordringliche Aufgabe dargestellt.¹⁰

⁷ Gedenkstunde im Deutschen Theater, in: Der Weg, Nr. 47 vom 19. 11. 1948

⁸ Ebenda.

⁹ Paul Merker, bei Gründung der SED der einzige Westemigrant im Zentralsekretariat der Partei, wurde 1950 aller seiner Ämter enthoben und befand sich 1952–56 in Haft. In einem Geheimprozeß wurde ihm 1955 u. a. vorgeworfen, zionistischer Agent gewesen zu sein.

¹⁰ S. Kahn, Antisemitismus und Rassenhetze, Berlin 1948, S. 9; St. Heymann, Marxismus und Rassenfrage, Berlin 1948, S. 43.

Eine vertane Chance

Nach dem Beginn des Kalten Krieges und der Gründung zweier deutscher Staaten trat die Auseinandersetzung mit antisemitischen Erscheinungen auf deutschem Boden weiter in den Hintergrund. Es waren vor allem die Vertreter der Jüdischen Gemeinden und Mitglieder der VVN, die dennoch bis Anfang der fünfziger Jahre immer wieder den Finger auf die noch schwärende Wunde legten. Einen schmerzhaften Einschnitt brachte zweifellos die Stalinsche antisemitische Kampagne der Jahre 1952 und 1953, die mit der Auflösung der VVN verbunden war. Sowohl die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Judenverfolgung als auch öffentliche Diskussionen über antisemitische Erscheinungen der Gegenwart waren nunmehr tabu.

Für die fünfziger Jahre fehlen im „Neuen Deutschland“, das für die anderen Tageszeitungen die politische Richtlinie vorgab, sogar Hinweise auf ein Gedenken an die „Kristallnacht“ vom 9. November 1938. Die Novemberrevolution von 1918 wurde jährlich in stereotypen Wendungen gewürdigt, auch Bezüge zum 9. November 1923 ließen sich mitunter herstellen; das Erinnern an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus jedoch fehlte. Es fanden zwar – wie der Regionalpresse zu entnehmen ist – Gedenkveranstaltungen der Jüdischen Gemeinden und der VVN in den einzelnen Ländern statt; die „Zentrale“ hielt es aber offensichtlich nicht für erforderlich, diese besonders hervorzuheben.

Einen Ansatzpunkt für die aktive Auseinandersetzung mit dem Massenmord an den Juden bot der DDR das Jahr 1956. Propst Heinrich Grüber, stellvertretender Vorsitzender der VVN und ab 1949 Bevollmächtigter der EKD bei der Regierung der DDR, rief aus Anlaß des 18. Jahrestages der Pogromnacht die Jugend Berlins auf, in Gemeinschaftsarbeit die „Friedhöfe der jüdischen Gemeinde wieder so herzustellen, daß wir uns vor den Verstorbenen und dem Ausland nicht zu schämen brauchen. Die Jugend soll damit ein Stück der großen Schuld abtragen helfen, die das deutsche Volk auf sich geladen hat.“¹¹ Dieser Aufruf stieß bei DDR-Offiziellen, insbesondere bei Vertretern der Freien Deutschen Jugend, zunächst auf Zustimmung. Trotz einer ersten erfolgreichen Vorbesprechung zwischen verschiedenen Jugendorganisationen Ost- und Westberlins am 20. Oktober 1956, an der auch Vertreter der FDJ teilnahmen, kam die Aktion jedoch nicht zustande. Der Grund für das Scheitern des Vorschlags Propst Grübers wird aus einer handschriftlichen Aktennotiz der Abteilung Kirchenfragen des ZK der SED ersichtlich: „Die Bereitschaft der christl. Jugendverbände sowie auch der Falken an der Wiederherstellung d. jüdischen Friedhofs in Weißensee ... ist als Versuch zu werten, diese sogen. Organisationen bei uns zu legalisieren. Vorschlag: Der Staatsapparat überschlägt die Kosten, die die Herrichtung d. Friedhofs verursacht, sowie die Möglichkeit der staatl. Hilfeleistung (auch Arbeitskräfte). Der Verband der Jüdischen Gemeinden soll erklären, daß sie sehr dankbar sind für die Initiative Propst Grübers,

¹¹ Aufruf Propst Grübers an Berliner Jugend: Wiederherstellung jüdischer Friedhöfe vorgeschlagen, in: Neue Zeit (Berlin) vom 18. 10. 1956.

aber darum bitten, aus Gründen der Pietät, keine Mammutaktion auf dem Friedhof zu veranstalten.“¹²

Die Angst vor einer politisch-ideellen Einflußnahme des Westens war somit stärker als das Interesse an der direkten praktischen Einbeziehung der Jugendlichen in die Bewältigung jüngster deutscher Vergangenheit. Eine Chance, das so oft zitierte „andere Gesicht“ des neuen östlichen deutschen Staates unter Beweis zu stellen und Jugendliche durch die Arbeit auf jüdischen Friedhöfen für das Schicksal der deutschen Juden – sowohl der Ermordeten als auch der Lebenden – zu interessieren, war damit verfallen.

Abgrenzung vom westdeutschen Staat

Die folgenden Jahre – bis zum Grundlagenvertrag zwischen Bundesrepublik und DDR 1972 – standen vor allem im Zeichen der deutsch-deutschen Auseinandersetzung. Nach Schließung ihrer Westgrenze 1961 war die DDR bestrebt, die Hallstein-Doktrin zu durchbrechen und internationale Anerkennung zu erlangen. Zur Legitimierung der Existenz des zweiten deutschen Staates betonten Partei- und Staatsfunktionäre der DDR immer wieder die antifaschistischen Grundpositionen in ihrer Regierungspolitik und gleichzeitig den Gegensatz zum deutschen Staat westlich der Elbe, dessen Politiker nichts aus der Geschichte gelernt hätten. Der politische Alleinvertretungsanspruch der bundesdeutschen Elite fand im moralischen Alleinvertretungsanspruch der DDR-Führung seine Entsprechung.

Das deutsch-deutsche Verhältnis prägte auch die offizielle Haltung zum 9. November 1938. Die Ergreifung Eichmanns 1960 bedeutete für beide deutsche Staaten die Notwendigkeit, eindeutiger als bisher Stellung zur nationalsozialistischen Judenverfolgung zu beziehen. Für die SED-Führung bot die Eichmann-Globke-Connection willkommene neue Munition in der politischen Auseinandersetzung mit der Bundesregierung. Im November 1960 wurde eine Erklärung des Präsidium des Nationalrates der DDR zum Gedenken an die Opfer der „Kristallnacht“ veröffentlicht – verbunden mit der Forderung, Hans Globke, den Staatssekretär des Bundeskanzlers Konrad Adenauer, sofort abzulösen. 1963 fand erstmals eine Reihe von staatlichen Veranstaltungen aus Anlaß der „Kristallnacht“ in der DDR statt. Der Präsident und die Vizepräsidenten des Verbandes sowie die Vorsitzenden aller acht Jüdischen Gemeinden der DDR unterzeichneten einen „Aufruf an die Juden in der Welt und alle Menschen guten Willens“, in dem – entsprechend den politischen Grundpostulaten der DDR-Führung – unterstrichen wurde, „daß Faschismus, Antisemitismus und Rassismus in unserem Staat mit ihren Wurzeln ausgerottet worden sind“ und der Kampf gegen Militarismus, Antisemitismus und Völkerhetze in Westdeutschland im Vordergrund stehe.¹³

Zugleich kann nicht übersehen werden, daß Helmut Aris in seiner Rede auf der Gedenkveranstaltung des Verbandes Jüdischer Gemeinden in Dresden am 11. Novem-

¹² SAPMO- BAarch, ZPA, IV 2/14/249.

¹³ BA, Abt. Potsdam, 04/1333.

ber 1963, einige Akzente setzte, die in offiziellen Verlautbarungen jener Zeit nicht zu finden waren. So hieß es bei Aris: „Es wäre grundsätzlich falsch, die Schande für die entsetzlichen Verbrechen der Kristallnacht nur den Banden der Hitlerpartei aufzuerlegen. Selbstverständlich, sie tragen im besonderen die politische, juristische und moralische Verantwortung für alle Untaten. Niemand aber im deutschen Volk, der damals unberührt blieb von dem gräßlichen Geschehen, kann sich der Verantwortung und damit auch der Schuld entziehen.“¹⁴ Im Unterschied zur offiziellen DDR-Diktion, der zufolge stets von „Bürgern jüdischer Herkunft“ oder „jüdischen Glaubens“ die Rede war, sprach der Präsident der Jüdischen Gemeinden von „unserem Volk“, dem „in der Kristallnacht die größte Schmach angetan wurde“¹⁵.

40 Jahre nach dem Novemberpogrom

Wenngleich in der DDR seit Anfang der sechziger Jahre mehrere wissenschaftliche und populärwissenschaftliche Publikationen zur nationalsozialistischen Judenverfolgung erschienen, blieb die Erinnerung an die „Kristallnacht“ bis 1978, dem Jahr, in dem sich die Pogrome zum 40. Mal jährten, weiterhin vor allem den Jüdischen Gemeinden überlassen. In der Presse dominierten stets die Würdigungen der Novemberrevolution; Veranstaltungen zur „Kristallnacht“ fanden ihre Resonanz lediglich in Randnotizen. Selbst 1968, zum 30. Jahrestag der antijüdischen Pogrome waren die Prioritäten deutlich zu erkennen: Das neue Deutschland veröffentlichte an diesem Tag 14 Seiten zur Novemberrevolution von 1918 und zwei Artikel zur „Kristallnacht“; die Hauptveranstaltung zur Erinnerung an den 9. November 1938 fand sogar erst am 11. November statt, um Überschneidungen mit den Feierlichkeiten aus Anlaß der Novemberrevolution zu vermeiden.

1978 – im 30. Jahr des ostdeutschen Staates – stand in allen politischen bzw. politisch nutzbaren Veranstaltungen die „Würdigung der Erfolge der DDR“ im Mittelpunkt. Dieser Tenor bestimmte auch die aus Anlaß des 40. Jahrestages der „Kristallnacht“ gehaltenen Reden und Ansprachen. Nach wie vor wurden die Abgrenzung zur Bundesrepublik bzw. die Unterschiede in den gesellschaftlichen Systemen beider deutscher Staaten hervorgehoben. Der Vergleich und die Gegenüberstellung fielen jedoch weniger plakativ aus als in entsprechenden Veranstaltungen der Vorjahre. Beide Staaten waren indessen anerkannte Mitglieder der UNO und pflegten politische Kontakte auf hoher Ebene. Wie in der aus Anlaß des Gedenkens an den 9. November 1938 herausgegebenen Broschüre nachzulesen, wurden „Hitlerkult und antisemitische Erscheinungen in der BRD“ zwar noch benannt, Angriffe auf die westdeutsche Regierung fehlten jedoch weitgehend.

Von Interesse mag an dieser Stelle noch ein anderer Aspekt sein: Die DDR war in der Regel bestrebt, in offiziellen Verlautbarungen zur Schoah die Nahostproblematik nicht zu erwähnen. Auch 1978 gab es in den publizierten offiziellen Statements keine

¹⁴ BA, Abt. Potsdam, 04/449.

¹⁵ Ebenda.

derartigen Bezüge. Lediglich ein unveröffentlichtes Argumentationsmaterial des Staatssekretariats für Kirchenfragen zum 40. Jahrestag der „Kristallnacht“ führte unter dem Stichwort „Friedenspolitik der DDR“ die Nahostproblematik und die dazu von der DDR in der UNO vertretenen Positionen an.¹⁶ Offenbar aus Rücksicht auf die guten Beziehungen zu den arabischen Staaten enthielt aber die vom Verband der Jüdischen Gemeinden herausgegebene Dokumentation zu den Veranstaltungen im November 1978 den Abdruck eines Artikels aus der „Weltbühne“, der sich – aus der Sicht eines Juden der DDR – mit Israel und Zionismus auseinandersetzte. Zu lesen war, der Zionismus habe „den Juden keinen Frieden gebracht, sondern seit der Geburt des Staates Israel seine Bürger von einem Krieg in den anderen getrieben, um ihren zionistischen ‚Traum‘ durchzusetzen.“¹⁷

Eine der Grundaussage des zitierten Artikels widersprechende Position bezog zum selben Zeitpunkt die Evangelische Kirche. Im „Wort der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden anlässlich des 40. Jahrestages der sogenannten Kristallnacht“ wurde „mit tiefer Scham“ der „Kristallnacht“ und der „Last einer großen Schuld“, die „auf unserem Volk liegt“, gedacht. Und es hieß unter Bezugnahme auf den jüdischen Staat: „Dabei denken wir auch an die Zuflucht, die die Verjagten im Staate Israel fanden und bitten, daß ihnen diese Heimstatt in einem gerechten und sicheren Frieden erhalten wird. Berechtigte Kritik an der Politik des heutigen Staates Israel darf nicht als eine Quelle oder als Vorwand zu neuem Antisemitismus mißbraucht werden.“¹⁸ Der Widerspruch zu den offiziellen Positionen der Staatsmacht wurde damit deutlich artikuliert.

Auch die Jüdischen Gemeinden nahmen die undifferenzierte Darstellung Israels in der DDR-Presse nicht unwidersprochen hin. Insbesondere in Zusammenhang mit dem Libanonkrieg 1982 kam es zu Kontroversen, die nicht zuletzt anlässlich der Vorbereitung des 45. Jahrestages der „Reichskristallnacht“ aufbrachen. Helmut Aris lehnte eine zentrale Gedenkveranstaltung 1983 ab unter Verweis auf eine Reihe von Meldungen und Artikeln in der Presse der DDR, „die mit einer undifferenzierten Darstellung der Situation im Nahen Osten einer antijüdischen bzw. antisemitischen Stimmung in der DDR Vorschub leisten würden“. Er verwies auf „verstärkt auftretende Fälle von Schändungen auf jüdischen Friedhöfen“ und unterließ es auch nicht, die fehlende kritische Auseinandersetzung mit der Judenfeindlichkeit Martin Luthers, dessen 500. Geburtstag am 10. November 1983 unter großer staatlicher Präsenz gefeiert werden sollte, anzusprechen.¹⁹ Aris setzte sich – trotz offensichtlicher Versuche, ihn umzustimmen – letztlich durch; am 9. November 1983 wurden an den Gedenkstätten für die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus in Berlin und in mehreren Bezirksstädten zwar Blumen und Kränze niedergelegt; es gab jedoch keine zentrale Veranstaltung wie fünf Jahre zuvor oder danach.

¹⁶ BA, Abt. Potsdam, 04/732.

¹⁷ F. Loeser, Die ‚Kristallnacht‘, in: Gedenke! Vergiß nie! 40. Jahrestag des faschistischen ‚Kristallnacht‘-Pogroms. Eine Dokumentation, hrsg. v. Verband der Jüdischen Gemeinden in der DDR, Berlin 1979, S. 101.

¹⁸ BA, Abt. Potsdam, 04/732.

¹⁹ BA, Abt. Potsdam, 04/448.

1985 wurde das Versäumte nachgeholt. Als Begründung für die besondere Würdigung des 47. Jahrestages des „faschistischen Pogroms“ wurde angeführt, daß 1983 „durch die Lutherfeierlichkeiten negative Überschneidungen nicht zu vermeiden gewesen wären, so daß auf die Veranstaltungen mit der Jüdischen Gemeinde verzichtet wurde.“²⁰ Aus einer Information von Staatssekretär Klaus Gysi an Werner Jarowinsky, zu diesem Zeitpunkt im SED-Politbüro für Kirchenfragen zuständig, geht hervor, daß der Gedenktag an die Pogrome bestimmt werden solle „durch die tiefgreifenden Auseinandersetzungen in der DDR um den Charakter des Befreiungstages und die Ereignisse beim Besuch des USA-Präsidenten in der BRD sowie die offene Brückierung der Juden in der BRD wie international“.²¹

USA, Jüdischer Weltkongreß und Meistbegünstigungsklausel

Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde somit ein Aspekt sichtbar, der für die Politik der DDR in dieser Frage in den folgenden Jahren zunehmend an Bedeutung gewann. Der Besuch Ronald Reagans in Bitburg und die damit verbundene offene Kritik des Jüdischen Weltkongresses an der Politik der Bundesregierung waren für die DDR-Führung Anlaß, ihre Haltung gegenüber jüdischen Organisationen in den USA zu überdenken. Sie hegte die Hoffnung, die kritischen Stimmungen unter jüdischen Persönlichkeiten in Europa und Amerika könnten zur Verbesserung der außenpolitischen Reputation der DDR genutzt werden. Damit verband sich das subjektive Interesse Erich Honeckers, sein internationales Prestige als Staatsmann durch einen Empfang im Weißen Haus aufzuwerten. Mit Hilfe des Jüdischen Weltkongresses sollten eine entsprechende Einladung lanciert und gleichzeitig die ökonomischen Beziehungen zu den USA ausgebaut werden.

Derartige Überlegungen führten dazu, daß das Staatssekretariat für Kirchenfragen bereits im August 1987 dem ZK der SED eine „Konzeption zur Durchführung von Gedenkveranstaltungen aus Anlaß des 50. Jahrestages der Pogromnacht vom 9. November 1938“ unterbreitete. Darin wurde betont, daß es „einem zunehmenden internationalen Interesse sowohl ausländischer jüdischer Kreise als auch politischer Kräfte an der Existenz jüdischen Lebens in der DDR Rechnung zu tragen“ gelte.²²

Die Medien berichteten monatelang detailliert über die Vorbereitungen auf die November-Veranstaltungen – die nunmehr nicht der Erinnerung an den 70. Jahrestag der Novemberrevolution, sondern vornehmlich dem Gedenken an den 9. November 1938 galten. Zahlreiche Artikel widmeten sich jüdischer Geschichte und Tradition; vorübergehend wurde die Hoffnung genährt, die deutsche Geschichte und das deutsch-jüdische Verhältnis könnten gründlicher und wirksamer als zuvor aufgearbeitet wer-

²⁰ BA, Abt. Potsdam 04/1341.

²¹ Ebenda.

²² BA, Abt. Potsdam, 04/1049.

den. Doch wie bereits in anderen Fällen mußte der Versuch scheitern, Geschichte mit Hilfe einer Kampagne aus Anlaß eines Jahrestages zu „bewältigen“. Die von den Massenmedien verbreitete Artikel- und Kommentarfut bewirkte in ihrer Häufung sogar das Gegenteil. Alter und neuer Antisemitismus artikulierten sich erstmals offen und in größerem Umfang als bisher.

Zu den Veranstaltungen anläßlich des Gedenkens an die Pogromnacht von 1938 wurden seitens der DDR-Regierung zum ersten Mal offizielle Einladungen auch an Repräsentanten des Staates Israel ausgesprochen. Josef Burg, der ehemalige Innen- und Religionsminister, und Jizchak Arad, Leiter der Gedenkstätte für die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus in Jerusalem, sowie weitere israelische Persönlichkeiten kamen nach Berlin. Sie führten Gespräche mit Vertretern der DDR-Regierung, u. a. mit dem neuernannten Staatssekretär für Kirchenfragen, Kurt Löffler. Die mögliche Aussicht auf die baldige Aufnahme diplomatischer Beziehungen wurde insbesondere von den Jüdischen Gemeinden der DDR begrüßt.

Der 9. November 1989 und die Bewältigung deutscher Geschichte

Ein Jahr später – am 9. November 1989 – fiel die Berliner Mauer. Deutsche in Ost und West verbanden damit die Hoffnung auf eine demokratische Erneuerung Deutschlands. Zugleich wurden nicht wenige Stimmen im In- und Ausland laut, die vor neuem großdeutschen Nationalismus warnten, verbunden mit der Befürchtung, daß nunmehr ein Schlußstrich unter die nationalsozialistische Vergangenheit gezogen werden könnte.

Zum Deutschland der neunziger Jahre gehören das Schüren xenophober Ängste, offene Pogrome gegen Ausländer und auch erneute antisemitische Tendenzen. Bereits in den Novembernummern der Berliner Tageszeitungen der Jahre 1989 und 1990 finden sich zahlreiche Hinweise auf antisemitische Vorkommnisse. Die Reduzierung deutscher Vergangenheitsbewältigung auf 40 Jahre DDR-Geschichte verdrängt zunehmend die Erinnerung an den 9. November 1938 und an die 12 Jahre der Hitler-Diktatur. Aufgrund zahlreicher Proteste wurde zwar nicht der Tag der Maueröffnung – der 9. November –, sondern der 3. Oktober zum „Tag der deutschen Einheit“ erklärt. Ausdruck der politischen Kultur im vereinten Deutschland ist andererseits, daß weder in der Präambel noch im Text des Einigungsvertrages der jüdischen und nichtjüdischen Opfer des Nationalsozialismus gedacht wurde. Nicht selten weisen Politiker die Ängste jüdischer und ausländischer Bürger vor der Zunahme rechtsextremistischer Gewalt und die Forderung nach dem Verbot neonazistischer Verbände als unbegründet zurück. Großdeutscher Nationalismus geht heute wieder einher mit Fremdenhaß und Antisemitismus. So war es sicherlich kein Zufall, daß die Fraktion der „Europäischen Rechten“ im Europaparlament zunächst die Absicht äußerte, ausgerechnet am 9. November 1993, dem Jahrestag der antijüdischen Pogrome von 1938, im Berliner Reichstagsgebäude zu tagen.

Die vom Verband der Jüdischen Gemeinden der DDR am 6. November 1989 getroffene Feststellung, „Nazismus und Antisemitismus sind ein Erbe beider deutscher Staaten“,²³ hat sich in den vergangenen vier Jahren bestätigt, und bestätigt hat sich auch die Einsicht, daß es nicht genügt, anlässlich von Jahrestagen das Erbe der Vergangenheit, die historische Schuld und die nationale Verantwortung zu beschwören. Eine Lehre aus der 40jährigen Geschichte des ostdeutschen Staates besagt überdies, daß jede Verdrängung oder Verfälschung von Geschichte das Böse in seiner Banalität und Gefährlichkeit wieder heraufbeschwört. Der deutsche Umgang mit dem 9. November legt davon beredtes Zeugnis ab.

²³ Jüdische Gemeinden unterstützen Wandlungen, in: Berliner Zeitung v. 6. 11. 1989.